

Schriftliche Debatte um geplantes CO₂-Pilotprojekt

Von Holger Thiel

Salzwedel. Johann Wolfgang Goethe, Friedrich Nietzsche, Sarah Kirsch, Gottfried Benn: Briefkultur in Deutschland hat eine jahrhundertalte Tradition. Und vielleicht erfährt sie jetzt in einem öffentlichen Dialog über CO₂, erneuerbare Energien und Risiken neuer Technologien eine Renaissance – trotz SMS und E-Mail. So antwortet die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂ Endlager in der Altmark“ auf ein Brief von Staatssekretär Jürgen Stadelmann (CDU) vom Landes-Umweltministerium

(wir berichteten).

In seinem Schreiben hatte Stadelmann Stellung zur CCS-Technologie (Abscheiden und Speichern von Kohlendioxid) sowie zum geplanten CO₂-Pilotprojekt von GDF Suez nahe Mahlsdorf bezogen. Grundtenor: Das wissenschaftlich begleitete Pilotprojekt des unterirdischen Verpressens von CO₂ zur Erhöhung der Erdgasausbeute sollte umgesetzt werden, wenn dafür die rechtlichen Grundlagen geschaffen sind und die Sicherheit für Mensch und Umwelt gegeben ist. Denn nur so wisse man, ob CCS reali-

sierbar sei.

Das löst bei der BI Widerrede aus. BI-Sprecher Christfried Lenz weist in einem vierseitigen Antwortbrief unter anderem daraufhin, dass die für die CCS-Forschung eingesetzten Steuer-gelder sinnvoller für die Entwicklungsenergie eingesetzt wären.

Zudem könne das Mahlsdorfer Projekt nicht als Forschung bezeichnet werden, da sie „von Anfang an großmaßstäblich in der Realität stattfinden und ganze Regionen mitsamt der Bevölkerung als Testobjekt benutzen“. Zudem sei völlig un-

klar wer die Dichtheit des unterirdischen CO₂-Speichers gewährleistet und dafür sorgt, dass nicht das Grundwasser kontaminiert wird. Auch die Unabhängigkeit der Wissenschaftler, die mit dem Pilotprojekt beschäftigt sind, zweifelt Lenz an. So habe der Koordinator des Forschungsverbundes, Dr. Michael Kühn vom GeoForschungszentrum, nach einem Volksstimme-Artikel einräumen müssen, dass die als Speicher erkorene Erdgaslagerstätte nicht wie zunächst behauptet trocken ist. Misstrauisch ist der BI-Sprecher auch bei den Be-

hörden. So verweist Lenz darauf, dass der Landesamt für Geologie und Bergbau die Bekanntgabe der Schwermetallbelastung des altmärkischen Roherdgases verweigert habe. Begründung: Diese Daten seien Betriebsgeheimnis, argumentiere das Landesamt, so Lenz. Er forderte Stadelmann auf, sich „an den langfristigen Interessen der Menschen, von den Sie gewählt sind und für deren Wohl Sie einen Eid geleistet haben, zu orientieren“.

Eine Erwiderung auf diesen Brief durch den Staatssekretär gibt es bislang nicht.